

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas



21. TAGUNG

Straßburg, 18. – 20. Oktober 2011

Energieversorgung und Energieeffizienz auf lokaler und regionaler Ebene: Auf dem Weg zur Energiewende

Entschliessung 335 (2011)¹

1. Das 21. Jahrhundert bringt große Veränderungen im Energiebereich mit sich, die direkte Auswirkungen auf die Gemeinden und Regionen haben:

- a. die begrenzte Verfügbarkeit der fossilen und spaltbaren Brennstoffe ist ein ernstzunehmendes Faktum geworden;
- b. die Auswirkungen des Energieverbrauchs auf das Klima bedrohen das Gleichgewicht der Biosphäre;
- c. das starke Wachstum der Schwellenländer trägt zu einem deutlichen Anstieg des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen bei;
- d. der hohe Energiepreis könnte dazu führen, dass die Energie für einen immer größeren Teil der Bevölkerung unerschwinglich wird, der nicht einmal mehr in der Lage wäre, den Grundbedarf und die Mobilität abzudecken und der somit die soziale Ausgrenzung verstärkt.

2. Die derzeitige Situation der Energieversorgung und der Energieeffizienz ist daher geprägt durch:

- a. einen stetigen Anstieg der Energiepreise insbesondere Erdöl, Erdgas und Strom;
- b. « *peak oil* »² das laut der Internationalen Energieagentur seit 2006 erreicht ist;
- c. die Nuklearkatastrophe von Fukushima im März 2011, die die Frage nach der Sicherheit der Kernenergie in den Vordergrund rückt und dazu führte, dass mehrere Länder diesen Weg der Kernenergie aufgaben;
- d. ein steigendes Interesse an der Verbesserung der Energieeffizienz als bessere Lösung der bestehenden Energieprobleme;
- e. die wirtschaftliche und technologische Ausreifung vieler erneuerbarer Energieressourcen;
- f. trotz der dringenden Klimaprobleme schreiten die internationalen Verhandlungen nur sehr langsam voran.

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 20. Oktober 2011, 3. Sitzung (siehe Dokument CG(21)11, Begründungstext), Berichterstatterin: S. Orlova, Russische Föderation (R, EVP/CD).

² „Peak oil“ ist der Zeitpunkt, an dem das globale Ölfördermaximum erreicht ist, danach geht die Produktion stark zurück.



3. Die vorherrschende Energieversorgung stellt einen Bruch in der Verbindung zwischen Energie und Ortsgebiet dar. Die Gemeinden und Regionen werden außen vor gelassen bei den großen Entscheidungen und sind daher stark abhängig von der Energie. Der Kongress ist überzeugt, dass die derzeitige Situation einen Übergang hin zu einem neuen Energieparadigma erfordert, das sich durch den Einsatz von Energieströmen (erneuerbaren) und einem effizienteren und niedrigeren Verbrauch auszeichnet.

4. Es ist unabdingbar geworden, die Kosten für den Energieverbrauch zu senken, insbesondere für Privathaushalte, um die übermäßige Abhängigkeit von einer begrenzten Anzahl von Anbietern oder Versorgungsmethoden zu verringern. Es ist außerdem wichtig, dass die Verbraucher aus einer großen Bandbreite von alternativen Energiequellen auswählen können und dass Bürgerinitiativen und die Innovation in der Energieproduktion unterstützt werden.

5. Bei diesem neuen Paradigma werden die Gemeinden und Regionen eine entscheidende Rolle sowohl als Energieverbraucher, Raumplaner und Investoren, Erzeuger und Verteiler von Energie spielen können und auch beispielhaft für die Bevölkerung und die lokalen Akteure sein.

6. Das neue Modell erfordert eine enge Zusammenarbeit auf allen Regierungsebenen, u.a. den Transfer von Finanzmitteln vom nationalen Staat an den regionalen und kommunalen Sektor, um ein umgehendes und ausreichendes Handeln im Bereich Klima zu gewährleisten.

7. Der Kongress ist ebenfalls davon überzeugt, dass dieses neue Paradigma bereits im Entstehen begriffen ist, insbesondere bei den Initiativen der Gemeinden und Regionen. Die entsprechenden Technologien und Systeme sind bereits verfügbar und es fehlt auch nicht an praktischen Beispielen. Allerdings muss die Energiewende beschleunigt (oder begonnen werden, dort wo dies noch nicht geschehen ist), damit unsere Gesellschaften weniger verwundbar werden, vorsichtiger mit den Naturressourcen umgehen und die Biosphäre besser geschützt wird.

8. Der Kongress bekräftigt, dass für eine solche Wende einerseits eine dezentralisierte Energiepolitik und andererseits Initiativen der Städte und Regionen erforderlich sind, um die Parameter zu verändern. In diesem Zusammenhang müssen die Gemeinden und Regionen über entsprechende Kompetenzen und Befugnisse bei der Energieversorgung und ihrer Verwendung verfügen. Bei jeder Aktion zur besseren Verwaltung der Energieressourcen müssen die lokalen und regionalen Akteure eingebunden werden.

9. Außerdem hebt der Kongress hervor, dass gemäß der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung (Artikel 4) die Gemeinden und Regionen bei allen Entscheidungen, die die Energietransportwege betreffen, konsultiert werden müssen: Einerseits, damit sie die Möglichkeiten und Versorgungsquellen wählen können und andererseits, um die Auswirkungen der Verkehrsinfrastrukturen auf die betroffenen Gebiete zu kontrollieren. Die Energieexportregionen oder -länder dürfen nicht einseitig den Gebieten ihre Entscheidungen aufzwingen.

10. Der Kongress stellt die grundlegende Bedeutung einer verlässlichen Energieversorgung und sicheren Energie für die Regionen und Gemeinden in Europa fest, die durch eine stabile, verlässliche und reibungslose Versorgung mit Energieressourcen und die Diversifizierung ihrer Wege bestimmt wird.

11. Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit, die Interessen der Gebiete zu berücksichtigen, durch die die transeuropäischen Energieinfrastrukturen laufen und moderne Technologien und Kontrollsysteme für den Aufbau und die Nutzung dieser Infrastrukturen zu nutzen, um die Umwelt zu bewahren und die Naturressourcen rationell zu nutzen. Außerdem ist es wichtig, dass die Haushaltsmittel der Gemeinden und Regionen an die Umsetzung der großen Projekte für Energieinfrastrukturen angepasst sind.

12. Unter Bezug auf seine früheren Arbeiten in diesem Bereich bekräftigt der Kongress ebenfalls die Bedeutung seiner Entschließung 262 (2008) „Öffentliche Maßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene: Für eine neue Energiekultur“ sowie seine Entschließung 248 (2008) „Klimawandel: Stärkung der Anpassungsfähigkeit der Gemeinden und Regionen“.

13. Der Kongress begrüßt die Maßnahmen der Gemeinden und Regionen wie der Europäischen Stiftung für die nachhaltige Entwicklung der Regionen (FEDRE) und *Energy Cities*, die seiner Ansicht nach eine wichtige Rolle bei der Energiepolitik und der Energieeffizienz auf lokaler und regionaler Ebene spielen.

14. Angesichts des Vorangegangenen fordert der *Kongress die Gemeinden und Regionen des Europarates auf*:

a. ihrer Verantwortung voll und ganz nachzukommen, um sich den Herausforderungen im Bereich der Energie, vor denen wir heute stehen, zu stellen. Das Bewusstsein allein, dass etwas getan werden muss, ist nicht ausreichend: Es muss dringend gehandelt werden;

b. über die Energiewende in ihren beratenden Versammlungen zu diskutieren, damit diese grundlegende Problematik in alle politischen Bereiche aufgenommen wird;

c. sich über die Energieströme auf ihrem Gebiet sowie die damit verbundene Verschmutzung zu informieren, auch aufgeschlüsselt nach Sektor (Wohn- Tertiär, Transportsektor etc.) und nach Art der Nutzung (Heizung, Strom etc);

d. systematisch Energie in den öffentlichen Gebäuden und im gesamten Wohn- und Tertiärsektor einzusparen und darauf zu dringen, dass die Energieleistung dieser Gebäude öffentlich angegeben wird (von A bis G);

e. alle lokalen Ressourcen zu überprüfen, die für die Energieversorgung mobilisiert werden können (Biomasse, Biogas, Geothermie, Meere und Seen, Sonne, Wind, Abfall, Wärmerückgewinnung etc);

f. mehrjährige Aktionspläne für nachhaltige Energien festzulegen/zu definieren, die folgende Aspekte abdecken: Energieverbrauch, Raumplanung und Investition. Energieproduktion und –verteilung, Anreize für die Bevölkerung und die lokalen und regionalen Akteure mit entsprechenden Zielen und Mitteln;

g. unabhängig vom Land in Europa, der Konvention der Bürgermeister³ beizutreten (als Unterzeichner bei den Städten und als lokale Koordinatoren für die Regionen und Provinzen), die heute die Referenzbewegung der Gemeinden und Regionen ist;

h. in ihren Exekutivorganen politisch Verantwortliche für Energie-, Klimafragen und nachhaltige Entwicklung einzusetzen und die entsprechenden Ausschüsse einzurichten oder zu stärken;

i. auch die entsprechend geschulten Humanressourcen in der Verwaltung (fachübergreifende Einheiten zur Energieverwaltung), aber auch in externen Organen einzusetzen (lokale Agenturen für Energie und Klima);

j. die Bürger und die Wirtschafts- (KMU, Kleinstunternehmen, etc.) und Sozialakteure (Verbände, Gewerkschaften) in die Definition der lokalen Energiepolitik und ihre Umsetzung einzubeziehen, damit eine einheitliche Vision entsteht, ein Gebiet mit einem niedrigen Energieverbrauch und einer hohen Lebensqualität für alle;

k. Bürgerinitiativen und Investitionen in die Innovation bei der Energieerzeugung und -versorgung mit Energie anzuregen und den Bürgern die Möglichkeit zur individuellen Energieerzeugung zu geben, zum Beispiel durch die Installation von Sonnenpanelen oder Windrädern auf ihrem Grundstück;

l. sich an der Einrichtung von Netzen auf nationaler und europäischer Ebene zu beteiligen, um Erfahrungen auszutauschen und auf die Entscheidungen der Regierungen und supranationalen Institutionen Einfluss zu nehmen und hierbei die Erfahrung der bestehenden Netze wie *Transitional Town Movement Network*⁴ im Vereinigten Königreich, Italien, Irland und einigen anderen Ländern auf der ganzen Welt zu berücksichtigen; Beziehungen, Partnerschaften und den Austausch bewährter Praktiken zwischen den Gemeinden und Regionen der Mitgliedstaaten des Europarates bezüglich Fragen der Energieversorgung und –effizienz, die in ihre Befugnis fallen, aufzubauen;

³ Die Konvention der Bürgermeister ist eine europäische Bewegung der Gemeinden und Regionen, die sich verpflichtet haben, die Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien auf ihrem Hoheitsgebiet zu stärken.

⁴ *Transition Network*, www.transitionnetwork.org

m. sich an den Aktivitäten im Rahmen des « Internationalen Jahres der nachhaltigen Energie für alle» (2012) zu beteiligen, das durch den Erdgipfel, zwanzig Jahre nach der historischen Konferenz von Rio gekrönt wird, die den Grundstein für eine weltweite nachhaltige Bewirtschaftung legte.

15. Außerdem möchte der Kongress:

*a. die lokalen und regionalen Netze wie die Europäische Stiftung für die nachhaltige Entwicklung der Regionen (FEDRE) und *Energy Cities* auffordern, weiterhin für die Energiepolitik und die Energieeffizienz und die bewährten Praktiken auf lokaler und regionaler Ebene im Sinne dieser EntschlieÙung einzutreten;*

b. seinen Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten beauftragen, 2015 einen Bericht zu Evaluierung der Situation der Energieversorgung und der Energieeffizienz auf lokaler und regionaler Ebene vorzulegen;

c. seinen Governance-Ausschuss beauftragen, die Energiepolitik und Energieeffizienz als wesentlichen Bestandteil der guten lokalen und regionalen Regierungsführung zu sehen.